

Kopenhagen Enttäuschung für die Wirtschaft

Der Klimagipfel von Kopenhagen ist ohne ein verbindliches Abkommen zum globalen Klimaschutz zu Ende gegangen. Für das Klima ist das ein schwerer Rückschlag. Aber auch für die deutsche Industrie sind das keine guten Nachrichten. Vor allem die hohen einseitigen Klimaziele Deutschlands erweisen sich jetzt als Bürde – ohne dass dem Klima damit geholfen wird.

Für die deutsche Wirtschaft wäre ein verbindliches Abkommen, in dem auch die USA, China und andere Schwellenländer sich zum Klimaschutz verpflichtet hätten, aus zwei Gründen wichtig gewesen. Zum einen wären so die Wettbewerbsnachteile gegenüber den Ländern, die ihren Unternehmen keine Klimaschutzkosten aufbürden, verringert worden. Zum anderen hätte weltweiter Klimaschutz neue Chancen für den Absatz effizienter, klimaschonender Technik mit sich gebracht. Daher ist es auch kein Wunder, dass sich über 90 Prozent der befragten Umweltexperten der Wirtschaft in der aktuellen Befragungswelle des IW-Umweltexpertenpanels enttäuscht von den Ergebnissen des Klimagipfels zeigten.

Enttäuschende Angebote

Zusagen der Industrieländer zur Reduktion von Treibhausgasen bis 2020 gegenüber 1990 in Prozent

Australien	+10,8 bis -13,0
Kanada	-2,9
EU-27	-20,0 bis -30,0
Japan	-25,0
Neuseeland	-10,0 bis -20,0
Norwegen	-30,0 bis -40,0
Schweiz	-20,0 bis -30,0
USA	-3,9

Zusammenstellung: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Streit gab es, wie zu erwarten war, vor allem um die Fragen der Emissionsreduktion und der Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen und Anpassungsvorhaben in Entwicklungsländern. Strukturelle Fragen, die auf eine effizientere globale Klimapolitik abgezielt hätten, sind dabei weitgehend unter den Tisch gefallen. Selbst zu lang diskutierten Fragen wie dem Technologietransfer, dem Schutz der Wälder oder der Zukunft marktwirtschaftlicher Instrumente finden sich im Abschlussdokument „Copenhagen Accord“ nur wenige allgemeine Aussagen.

Zur Finanzierung der Klimapolitik in Entwicklungsländern sieht das Dokument 100 Milliarden Dollar jährlich ab 2020 vor. Offen bleibt jedoch, wie diese aufgebracht werden sollen. Den Klimadelegierten aus 190 Ländern gelang es nicht, diese entscheidende Frage zu klären. Auch für die 30 Milliarden Dollar, die für den Zeitraum von 2010 bis 2012 vorgesehen sind, gibt es noch keine Finanzierung. Die EU und Japan haben hier jeweils 10 bis 11 Milliarden Dollar angeboten, aus den USA sind hingegen nur magere 3,6 Milliarden Dollar versprochen.

Auch verbindliche Klimaschutzziele fehlten am Ende der Mammutkonferenz völlig und die während der Verhandlungen öffentlich gemachten Angebote waren insgesamt enttäuschend. So ist es nicht gelungen, vom größten Verursacher von Treibhausgasen, China, ein klares Bekenntnis zu einer Begrenzung der Emissionen zu bekommen. Lediglich eine Verringerung der Treibhausgasintensität der Volkswirtschaft wurde angekündigt.

Aber auch die Industrieländer sind keine Vorbilder. Ein ähnliches Reduktionsniveau wie in der EU-27 wird sonst nur noch von Norwegen, der Schweiz, Japan und Neuseeland angestrebt. Das australische Angebot hatte so viel Spielraum, dass sogar eine gut 10-prozentige Erhöhung der Emissionen möglich sein sollte. Wenig war von den nordamerikanischen Ländern zu hören. Kanada schlug eine Emissionsminderung von 1990 bis 2020 um gerade einmal knapp 3 Prozent vor. Die USA kamen trotz neuer Administration höchstens zu einem Ziel von 4 Prozent.

Die Bundesregierung hatte die deutsche Selbstverpflichtung, die Emissionen verglichen mit dem Stand von 1990 zu senken, kürzlich von 30 auf 40 Prozent verschärft. Da die EU nach dem Scheitern des Gipfels bei einem Reduktionsziel von 20 Prozent bleiben wird, nützen die zusätzlichen deutschen Anstrengungen dem Klima gar nichts. Im Ergebnis muss Deutschland noch anspruchsvolleren Klimaschutz betreiben, der Rest der EU wird durch die deutsche Entscheidung von weiteren Anstrengungen verschont. Der deutschen Wirtschaft, die einen großen Teil der Klimaschutzkosten zu tragen hat, ist damit ein Bärendienst erwiesen worden.

- Kopenhagen
- Koalitionsvertrag
- Klimawandel
- klimazwei-Forschungsergebnisse
- Umgebungsluft

Koalitionsvertrag Klima, Energie und Umwelt

Der Koalitionsvertrag der Regierungsparteien beinhaltet die Kerngedanken der Bundesregierung in der 17. Legislaturperiode zu allen relevanten Themen wie gesellschaftlicher Wohlstand, Bildung, sozialer Fortschritt, Freiheit und Sicherheit sowie sozialer Frieden. In dem Kapitel „Wohlstand für alle durch nachhaltiges Wirtschaften“ werden unter anderem die Vorstellungen und Problemlösungsvorschläge der Koalitionäre bezüglich der Themen Umwelt, Nachhaltigkeit, Energie und Klimaschutz auf nationaler und europäischer Ebene vorgestellt und teilweise konkretisiert. Die umwelt- und energiepolitischen Themen des Koalitionsvertrags markieren den groben Rahmen für die zukünftigen politischen Entscheidungen und die Maßnahmen der Bundesregierung auf diesen Politikfeldern.

Das Themenspektrum der im Vertrag enthaltenen Vorschläge ist breit und reicht von globalen Herausforderungen wie der Begrenzung der Erderwärmung auf maximal zwei Grad Celsius über die Festlegung eines konkreten Reduktionszieles für Deutschland bis 2020 und dem Ausbau der erneuerbaren Energien bis hin zur Weiterentwicklung der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und der Kreislaufwirtschaft. Es ist zu erwarten, dass die Bundesregierung versuchen wird, diese Vorschläge, soweit wie möglich, in zukünftigen politischen und gesetzgeberischen Aktionen umzusetzen. Werden diese Beschlüsse umgesetzt, können einige Unternehmen davon profitieren, während andere negative Auswirkungen befürchten. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass die umwelt- und energiepolitischen Aspekte des Koalitionsvertrags bei den befragten Umweltexperten aus der Wirtschaft unterschiedlich wahrgenommen und bewertet werden.

Ein positives Echo mit rund 93 Prozent fand die Steigerung der Sanierungsquote durch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm. Die große Zustimmung ist darauf zurückzuführen, dass in dieser Maßnahme ein großes Potenzial zur Realisierung der deutschen Klimaschutzziele vermutet wird. Die Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz und der erhöhte Einsatz von erneuerbaren Energien in Gebäuden führen zur Reduzierung von CO₂-Emissionen.

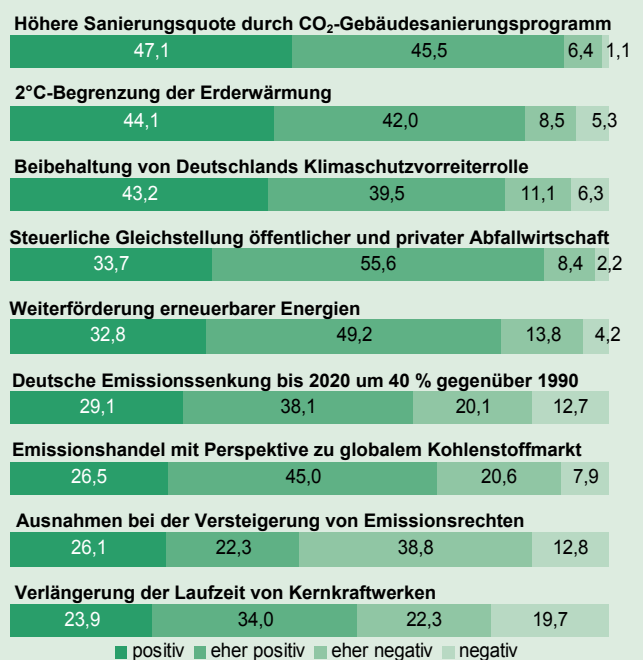
Angesichts des Klimawandels und der dadurch zu erwartenden Folgen sowie der Notwendigkeit von Gegenmaßnahmen findet die Verankerung des „Zwei-Grad-Zieles“ große Zustimmung bei den Umweltexperten. Gut 86 Prozent haben dies positiv oder eher positiv bewertet. Die Beibehaltung der Vorreiterrolle Deutschlands beim Klimaschutz wurde ebenso von vielen befragten Umwelt-

experten positiv gesehen. Gerade wegen dieser Vorreiterrolle wurde im Vertrag auch die Reduktion der deutschen Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent gegenüber 1990 festgeschrieben. Über zwei Drittel der befragten Umweltexperten sehen das 40-prozentige Reduktionsziel positiv oder eher positiv. Dagegen bewerten gut 33 Prozent der Umweltexperten das 40-prozentige Reduktionsziel negativ oder eher negativ. Ein Grund für diese Haltung kann darin liegen, dass die nationalen Anstrengungen dem Klimaschutz nicht viel nützen, solange andere Länder, insbesondere große Emittenten unter den Industrie- und Schwellenländern, ihre Reduktionsziele nicht erhöhen. Dadurch ergeben sich auch für die deutschen Unternehmen Wettbewerbsnachteile gegenüber diesen Ländern (siehe Seite 1).

Ebenso erfuhr die steuerliche Gleichstellung von öffentlichen und privaten Unternehmen in der Abfallwirtschaft eine Bestätigung. Vor dem Hintergrund der effizienten Gestaltung der abfallrechtlichen Regelungen und mit Blick auf die Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft wurde diese Maßnahme in den Koalitionsvertrag aufgenommen, ohne sie jedoch näher zu konkretisieren. Während die private Abfallwirtschaft diese Maßnahme befürwortet, befürchten die kommunalen Entsorger Nachteile und schließen daher auch eine mögliche Gebührenerhöhung nicht aus. Eher negativ wird dagegen die Ausnahme der energieintensiven Unternehmen von der Versteigerung der Emissionsrechte gesehen.

Umweltaspekte im Koalitionsvertrag

Angaben in Prozent



Quelle: IW-Umweltexpertenpanel, Befragung von 192 Umweltexperten der Wirtschaft im Januar 2010

Klimawandel

Anpassung in den Branchen

Nicht allein die Regionen, sondern auch die Wirtschaftsbranchen werden nach den heutigen Modellrechnungen in unterschiedlicher Weise vom Klimawandel betroffen. Sie unterscheiden sich auch durch die Verfügbarkeit von Reaktionsmöglichkeiten, mit denen negative Folgen und Risiken des Klimawandels vermindert und sich ergebende neue Chancen genutzt werden können.

Zu den besonders stark betroffenen Branchen zählt die Landwirtschaft, für die eine längere Vegetationsperiode und höhere Temperaturen eine Reihe von Chancen eröffnen. Für die meisten derzeit angebauten Nutzpflanzen wie Weizen und Kartoffeln sind höhere Temperaturen jedoch nicht von Vorteil, und die Verlagerung von Niederschlägen von der warmen in die kalte Jahreszeit bedeutet einen zusätzlichen Stressfaktor. Darüber hinaus ist mit einem vermehrten Schädlingsbefall und größeren Schäden durch Stürme und Hagelschlag zu rechnen. Eine Anpassung gerade an höhere Temperaturen ist für die Land-, aber auch für die Forstwirtschaft in Zukunft dringend geboten.

Damit steht auch die Wasserwirtschaft vor großen Herausforderungen: In den Sommermonaten wird einem geringeren Wasserdargebot eine eher steigende Nachfrage – etwa zur Bewässerung in der Landwirtschaft – gegenüberstehen. Hierdurch sind regionale Engpässe beispielsweise in Brandenburg in der Wasserversorgung zu erwarten. Auch die Wasserqualität kann sich verschlechtern, und zwar einerseits durch eine höhere bakterielle Belastung bei hohen Wassertemperaturen und andererseits durch Schadstoffeinträge im Fall von Hochwasserereignissen, die in Zukunft häufiger auftreten dürften.

Eine gleichbleibend hohe Wasserverfügbarkeit ist für die Energiewirtschaft von hoher Bedeutung. Wasser wird zum einen in Kohle- und Kernkraftwerken als Kühlwasser benötigt. Gesetzliche Bestimmungen begrenzen zum Schutz der Wasserqualität von Fließgewässern bei hohen Temperaturen die Rückleitungen. Die Stromerzeugung durch Wasserkraft reagiert darüber hinaus sensibel auf unterschiedliche Abflussmengen. Die Nachfrage nach Strom könnte hingegen in den wasserarmen Sommermonaten steigen, und zwar in Form von Kühlenergie.

Für Industrie und Gewerbe ist ein differenziertes Bild zu zeichnen. Mit einem veränderten Angebot aus der Landwirtschaft und einer sich weiter wandelnden Nachfrage ist für die Ernährungsindustrie zu rechnen. Nachfrageseitige Veränderungen können auch für die Bekleidungsindustrie prognostiziert werden – mit der Gefahr von Angebotsüberhängen aufgrund größerer Wetterschwankungen. Sollte es

zu Engpässen in der Wasser- und Energieversorgung kommen, sind viele Branchen betroffen. Große Verbraucher wie die Papier- oder die Chemie-industrie werden darauf besonders sensibel reagieren.

Von zusätzlichen Aufträgen für ein klimasicheres Bauen, jedoch auch zur Reparatur von Schäden – etwa durch Stürme oder Hagelschlag – wird das Baugewerbe profitieren. Es dürfte auch durch weniger Frosttage in seinen Produktionsprozessen gehindert werden. Im Gegenzug kommen auf die Immobilienwirtschaft höhere Kosten zu.

Für die Mehrzahl der Branchen sind Verkehr und Logistik von hoher Bedeutung. In diesem Bereich sind Beeinträchtigungen durch den Klimawandel zu erwarten: Straßen, Schienen und Oberleitungen können bei Stürmen durch umfallende Bäume sowie durch Überschwemmungen und Unterspülungen beschädigt werden. Extrem hohe oder niedrige Pegelstände auf den Wasserstraßen werden den Schiffsverkehr in Zukunft häufiger behindern.

Chancen für die Anbieter lassen sich für den Gesundheitssektor benennen: Die gesundheitlichen Belastungen werden sich vor allem in Hitzephasen mit Tropennächten erhöhen und entsprechend eine stärkere Nachfrage nach Gesundheitsleistungen bewirken. Erkältungskrankheiten könnten hingegen selten werden. Darüber hinaus ist mit einer verstärkten Ausbreitung von Krankheitserregern zu rechnen, womit größere Anstrengungen bei Vorsorge und Krankheitsbehandlung einhergehen. Der Ausbau von Warnsystemen, etwa bei Herz-Kreislauf-Erkrankungen, setzt Impulse über den Gesundheitssektor hinaus.

Für den Sommertourismus ist sowohl durch höhere Temperaturen als auch durch geringere Sommerniederschläge eine Belebung der Nachfrage zu erwarten. Hingegen wird der inländische Wintertourismus mit milderem Winter insgesamt an Attraktivität verlieren.

Diese Beispiele zeigen, dass die Wirtschaft langfristig und in vielfältiger Weise von den Folgen des Klimawandels betroffen sein wird und dass es klimabedingt zu größeren Veränderungsprozessen kommen wird. Unternehmen werden noch flexibler auf Veränderungen reagieren müssen, während die klimapolitischen Herausforderungen ihrerseits größer werden. In vielen Fällen ist frühzeitiges Handeln gefragt, vor allem bei Standortentscheidungen und Produktentwicklungen. Hinzu kommen Rückwirkungen der internationalen Klimapolitik und der weltweiten Klimafolgen auf die deutsche Wirtschaft. Dies vergrößert die Chancen und die Risiken des Klimawandels.

Mahammad Mahammadzadeh / Hendrik Biebeler:
Anpassung an den Klimawandel, IW-Analyse 57, Köln
2009, 72 Seiten, 18,90 Euro.

klimazwei-Forschungsergebnisse

Klimaschutz und Anpassung an die Klimafolgen

Mit dem Klimawandel ist eine doppelte Herausforderung verbunden: das Ausmaß des Klimawandels zu begrenzen sowie bestmöglich mit seinen Folgen umzugehen. Beide Aufgaben lösten exemplarisch rund 40 anwendungsorientierte Forschungsprojekte unter dem Dach von „klimazwei – Forschung für den Klimaschutz und Schutz vor Klimawirkungen“ dank der Förderung durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung. Das im Dezember erschienene Buch „Klimaschutz und Anpassung an die Klimafolgen“ zeigt nun auf 310 Seiten, wie in verschiedenen Sektoren die Freisetzung von Treibhausgasen gemindert werden und auf welche Weise man sich auf Klimaveränderungen vorbereiten kann.

Der erste Teil des Buches ist dem Klimaschutz gewidmet: Die Einsparung von Energie verbessert die Treibhausgasbilanz, beispielhaft gezeigt bei der Chlorherstellung, beim Bandgießen, bei verbesserten Logistikprozessen oder einer optimierten Bedachung von Gewächshäusern. Emissionsreduzierungen versprechen auch die Verhinderung des Entweichens von Kohlendioxid und Methan aus Deponien und Mooren, die Verwendung regenerativer Energien oder der Einsatz von Kompositzementen. Spezifische informatorische Instrumente erleichtern die Auswahl von klimaschützenden Strategien und Maßnahmen, ebenso Kommunikations- und Beratungsleistungen.

Im zweiten Teil wird die Anpassung an den Klimawandel behandelt: Kurzfristprognosen von Unwettern können Schäden an Gebäuden und Gegenständen verringern. Die Stadtentwicklung sollte das vorübergehende Aufkommen größerer Wassermengen berücksichtigen. Durch die Stadtplanung sollten auch Gesundheitsbelastungen bei Hitzewellen eingedämmt werden. Auf mehr Sommertouristen stellen sich Reisegebiete an der Küste und in den Mittelgebirgen ein, während die Bedingungen für den inländischen Skitourismus schwieriger werden. Züchtungen und Entscheidungsunterstützungssysteme wurden im Bereich der Land- und Forstwirtschaft vorangetrieben. Erprobt wurden zudem regionale Ansätze für eine bessere Anpassung an Klimafolgen. Schließlich muss sich auch das finanzwirtschaftliche Risikomanagement auf andere klimatische Bedingungen einstellen.

Mahammad Mahammadzadeh / Hendrik Biebeler / Hubertus Bardt (Hrsg.): Klimaschutz und Anpassung an die Klimafolgen. Strategien, Maßnahmen und Anwendungsbeispiele, Köln 2009, 310 Seiten, 58 Euro, ISBN 978-3-602-14847-9.

Umgebungsluft

Neue Regeln ab 2010

Seit dem 1. Januar 2010 gibt es in Deutschland zwei neue Grenzwerte für Schadstoffkonzentrationen in der Umgebungsluft. Die neuen Grenzwerte beziehen sich auf das Stickstoffdioxid (NO₂). Der erste Grenzwert legt fest, dass eine Konzentration von 200 Mikrogramm pro Kubikmeter (µg/m³) Umgebungsluft an maximal 18 Stunden im Jahr überschritten werden darf. Der andere Grenzwert limitiert die Konzentration im Jahresdurchschnitt auf 40 µg/m³ Umgebungsluft. Wie schon bei der Einführung der Feinstaubgrenzwerte werden viele Städte schwer mit den neuen Vorgaben zu kämpfen haben.

Die vorliegenden Messdaten deuten darauf hin, dass mit flächendeckenden Überschreitungen des Grenzwertes zu rechnen ist. Das stellte ein erhebliches Problem dar, denn inzwischen wurde höchstrichterlich festgestellt, dass betroffene Bürger die Einführung von Maßnahmen einklagen können, die geeignet erscheinen, die Grenzwerte langfristig einzuhalten. Das Hauptproblem wird die Einhaltung des Jahresdurchschnittswertes sein. In Deutschland wird die NO₂-Belastung flächendeckend erfasst. Im Jahr 2008 waren 426 Stationen in Betrieb, die NO₂-Konzentrationen in der Umgebungsluft erfassen, darunter 169 Messstationen, die an wichtigen Verkehrswegen aufgestellt sind. Aufgrund der vorliegenden Messdaten lässt sich vorhersagen, dass die beiden NO₂-Grenzwerte in ihrer Wirkung recht unterschiedlich sein werden. Der Stundengrenzwert wurde im Jahr 2008 an gerade einmal neun Messpunkten in Deutschland überschritten. Der Jahresmittelwert hingegen wurde an 89 Stationen nicht eingehalten. Alle Überschreitungen wurden an verkehrsnahen Stationen im städtischen Gebiet registriert. Tatsächlich sind an über 50 Prozent aller Verkehrsmessstationen Überschreitungen des NO₂-Jahresgrenzwertes registriert worden, sodass man von einem flächendeckenden Problem sprechen kann.

Vor diesem Hintergrund sind auch die vielen neuen Umweltzonen zu sehen. Zudem lassen mit Berlin und Hannover zwei Städte sogar nur noch Autos mit grüner Plakette in ihre Umweltzonen. Auch die Verschärfungen sind mit Blick auf die neuen NO₂-Grenzwerte sinnvoll, denn eigentlich sind sich alle Experten einig, dass diese Grenzwerte erst dann eingehalten werden können, wenn der Fahrzeugbestand radikal erneuert wurde. Dabei werden die Autofahrer kaum um die Anschaffung von Neufahrzeugen herumkommen, denn anders als beim Feinstaub, sind Nachrüstsysteme für ältere Fahrzeuge wirtschaftlich kaum darstellbar.

 www.umweltbundesamt.de/umweltzonen/index.htm